Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 135. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Montag, den 13. Juni 1927**

Die Diskonterhöhung.

Zu der für die deutsche Wirtschaft wichtigen Erhöhung des Diskontsatzes von 5 auf 6 Prozent wird uns von einem finanzpolitischen Mitarbeiter geschrieben:

Der Entschluß des Reichsbankpräsidenten, dem Zentralausschuß die Heraufsetzung des Diskontsatzes um ein Prozent zu empfehlen, ist für die Öffentlichkeit wohl ziemlich überraschend gekommen; war doch amtlich in den ersten Tagen des Juni verbreitet worden, in maßgebenden Kreisen sehe man die starke Anspannung der Reichsbank zum Monatsschluß noch nicht als entscheidend für die Notwendigkeit einer Heraufsetzung des Diskonts an. Es wurde damals auffallend scharf betont, daß die Reichsbank nicht geneigt scheine, die Ansätze für einen Konjunkturaufschwung, die sich in der letzten Zeit gezeigt hätten, durch eine Verteuerung des Kredites zu beeinträchtigen. Die Banken haben allerdings richtiger gerechnet; sie hielten die Heraufsetzung des Reichsbankdiskonts trotz aller Dementis doch für unmittelbar bevorstehend und haben daher in den letzten Tagen des vergangenen Monats einen großen Teil ihres Wechselportefeuilles an die Reichsbank abgestoßen, so daß sie ihr Geld jetzt ohne Verlust wiedererhalten können. Nun wird wohl auch die Bank von England dem deutschen Vorgehen folgen; auch dort sind bereits Verkäufe von Goldguthaben vor sich gegangen und der Londoner Geldmarkt ist außerordentlich steif geworden.

Dr. Schacht begründet die Heraufsetzung des Reichsbankdiskonts mit längeren Ausführungen, in denen er sich auch wieder gegen die übertriebene Börsenspekulation mit Hilfe kurzfristigen ausländischen Geldes wendet. Diese Auslandsverschuldungen auf Kredit hätten die volkswirtschaftliche Liquidität sehr vermindert und außerdem die Diskontpolitik der Reichsbank ständig durchkreuzt, so sehr, daß die Reichsbank in ihren diskontpolitischen Entschließungen außerordentlich unfrei sei. Krieg und Inflation haben Deutschland von flüssigem Gelde entblößt und die deutsche Wirtschaft sei daher auf die Zufuhr ausländischen Kapitals angewiesen. Wenn jetzt der Diskont erhöht werde, so werde dadurch zwar diese Zufuhr gesteigert, aber möglicherweise über das volkswirtschaftlich notwendige oder nützliche Maß hinaus. Das täusche dann eine wirtschaftliche Blüte vor, die zu stärkerem Verbrauch von Auslandswaren anrege. Außerdem werden auch die Barüberweisungen des Reparationsagenten auf Grund der Dawes-Lasten viel zu sehr erleichtert, weil eben diese Barüberweisungen nichts anderes sind als Rückgabe der in übermäßiger Weise hereingeströmten ausländischen Devisen, während der Warenexport eine entsprechende Förderung nicht erfahre.

Unsere Handelsbilanz ist passiv und diese Passivität hat im Mai wieder ein starkes Anwachsen gezeigt; der Devisenbestand bei der Reichsbank ist bis auf einen geringen Rest zusammengeschrumpft. Infolge der Passivität der Handelsbilanz ist auf einen Ersatz der hingegebenen Devisen nicht zu rechnen; daher ist es notwendig, durch die Erhöhung des Diskontsatzes wieder eine langfristige Anlage ausländischen Geldes zu begünstigen, aber nur solchen Geldes, das zweckmäßige Verwendung innerhalb der deutschen Produktion finden kann. Man hat ja auch wegen des Devisenschwundes der Reichsbank und der von ihr getätigten Goldverkäufe schon gewisse Bedenken hinsichtlich der Stabilität unserer Währung geäußert; Dr. Schacht benutzte die Gelegenheit, um sehr scharf dagegen Front zu machen. „Die Währungsfrage ist in Deutschland kein Problem mehr" und wenn sich die Gold- und Devisendeckung der Reichsbank vermindere, so ziehe dies lediglich eine Einschränkung des Notenumlaufes nach sich. Allerdings wird die Wirtschaft dem entgegenhalten, daß sie bei ansteigender Konjunktur gerade eine Verstärkung des Notenumlaufes brauche!

Einen gewissen Ausgleich für die Erhöhung des Diskontes der Reichsbank hat allerdings der Beschluß der Berliner Bankenvereinigung dadurch herbeigeführt, daß auch die Habenzinsen um ein Prozent heraufgesetzt werden sollen, und zwar zunächst für die täglich fälligen Gelder, dann aber auch nach Fühlungnahme mit den auswärtigen Banken für die langfristigeren Einlagen. Die ansteigende Konjunktur wird aber durch die Heraufsetzung des Diskontsatzes doch kaum gehemmt werden, weil die ungesunde Entwicklung, die die Börsenspekulation durch die Hereinnahme kurzfristiger ausländischer Kredite genommen hatte, und die dadurch erfolgte Inanspruchnahme des Geldmarktes erfolgreich in den Hintergrund gedrängt worden sind.

Eröffnung der Musikausstellung in Frankfurt a. M.

Gegen Jazz- und Negerrhythmen.

Die Internationale Ausstellung „Musik im Leben der Völker", deren Beschickung durch die Regierungen des Auslandes alle Erwartungen übertroffen hat, wurde in Frankfurt a. M. durch einen Festakt in der Frankfurter Oper in Anwesenheit zahlreicher in- und ausländischer Gäste feierlich eröffnet. Staatssekretär Dr. von Schubert, der preußische Kultusminister Dr. Becker, der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, der französische Unterrichtsminister Herriot, die belgischen Minister Vandervelde und Huysmans und die diplomatischen Vertreter einer Reihe weiterer europäischer Länder waren zu der Feier erschienen, die vom Opernorchester unter der Leitung von Professor Krauße mit dem Vorspiel aus den „Meistersingern" eingeleitet wurde.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Oberbürgermeister Dr. Landmann, daß durch die ganze Menschheit der Schrei nach der Seele, nach der Innerlichkeit gehe, und diesem Schrei solle die Ausstellung Ausdruck geben.

Nach ihm nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort, der namens der Reichsregierung der Ausstellung guten Erfolg wünschte. Er feierte den Genius Beethovens und die Allgewalt der Töne, die ein Band um alle Völker winde. Er wolle seine und der Reichsregierung Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß so hervorragende Staatsmänner und Diplomaten in Frankfurt vereinigt seien. Auch er feierte die Verinnerlichung durch die Musik und wandte sich dann, wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen, gegen die jetzt in der Neuzeit leider eingetretene Verflachung der Musik, gegen die Jazz- und Negerrhythmen. Wir müssen, so schloß Dr. Stresemann, dieses „Trommelfeuer" auf unsere Nerven abwehren und wieder die feierliche Stunde der Seele suchen, aus der das Größte kommt, was geschaffen worden ist. (Lauter Beifall.)

Nachdem Kultusminister Dr. Becker den Gruß der preußischen Staatsregierung überbracht hatte, hielt der französische Unterrichtsminister Herriot eine Rede, in der er ausführte, daß Frankreich gern hierher gekommen sei und sich dem friedlichen Wettbewerb angeschlossen habe, nicht als Genießer einer Reihe von Festen, die zu oft den Spitzen der Völker angeboten werden. Sie befänden sich hier als Menschen, die festen und entschlossenen Willens seien, die Mittel wiederzufinden, um die große Masse der Völker für die musikalische Kultur zu gewinnen und dadurch die Musik als wesentlichen Bestandteil in die Ethik der neuen Zeit eindringen zu lassen. Es scheine ihm, daß diese Kundgebung unter dem Genius des großen Mitbürgers der Stadt Frankfurt, Johann Wolfgang Goethe, stattfinde. Das Hindernis der Sprache, das so viel tue, um die Menschen zu trennen, verschwinde in der Musik. Der Musiker spreche eine Sprache, die jedem zugänglich sei, eine Sprache, über die hinaus nichts mehr vorhanden sei, als das stumme Spiel der Zahlen und das schweigende Schwingen der Sphären. Zum Schlusse wünschte Herriot, daß das Fest in Frankfurt dem Wirken des Friedens dienen möge, an dem heute alle großen Geister der Welt arbeiten. Niemals könnte es in der Politik gelingen, wenn nicht eine geistige Vorarbeit vorausginge. Möge uns die Musik dazu verhelfen, diese höhere Form der menschlichen Kultur zu verwirklichen, die Friede heißt. Möge sie während und nach diesem Feste neue friedliche Eroberungen erzielen, möge sie über den Geist der Führer hinaus in die Herzen der Völker eindringen, möge er endlich gehört werden, dieser doppelte Ruf Beethovens und Schillers: „Alle Menschen werden Brüder! Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!"

Russische Kriegsprophezeiungen.

„In einem oder zwei Jahren."

Der Volkskommissar für das Kriegswesen in Sowjetrußland, Woroschilow, führte in einer Rede über die politische Lage auf einer Moskauer Arbeiterversammlung aus, Rußland sei in eine Periode eingetreten, wo sich die Feindseligkeit gegen den Sowjetstaat verstärke. Nicht nur in England, sondern auch in Staaten, mit denen Rußland Handel treibe, betrachte die Bourgeoisie die Sowjetunion nur als eine Episode, die früher oder später liquidiert werden müsse. Die Hauptaktion gegen den Sowjetstaat werde natürlich von England geführt, wie die Spionagetätigkeit und die Zwischenfälle in der letzten Zeit deutlich bewiesen hätten. Wenn ein Krieg auch in nächster Zeit nicht wahrscheinlich sei, müsse man ihn doch in einem oder zwei Jahren erwarten. Da mit Banditenüberfällen, Attentaten und Bomben nichts zu erreichen sei, werde England versuchen, eine „Einheitsfront" gegen Rußland zu schaffen, wenn nicht militärischer, so doch wirtschaftlicher Art, in der alle kapitalistischen Staaten vereinigt seien. In jedem Falle müsse man vorbereitet sein, daß England einen kriegerischen Überfall plane, der in zwei oder einem Jahre, aber schließlich auch schon in einigen Monaten kommen könnte. Die Rote Armee, schloß Woroschilow, sei bereit, erfolgreich jeden Feind abzuwehren. Nötig sei aber noch eine energische Vorbereitung des Hinterlandes, damit im Falle eines Krieges der wirtschaftliche Aufbau keine Erschütterungen erleide.

Nach Meldungen aus Blagowjeschtschensk sind dort fünf Mitglieder gegenrevolutionärer Organisationen hingerichtet worden. Die Verurteilten wurden beschuldigt, im Auftrage des Großfürsten Nikolajewitsch monarchistische Agitation unter den Kosaken getrieben und gegen die Sowjetregierung gehetzt zu haben. Auch in Tscheljabinsk wurde ein ehemaliger weißgardischer Offizier erschossen. Desgleichen werden aus Wladiwostok und aus Tiflis Hinrichtungen gemeldet. In Charkow ist eine außerordentliche Kontrollkommission eingetroffen, die den Kampf gegen die oppositionellen und separatistischen Elemente in der Ukraine leiten soll.

Front gegen Rußland?

Gewaltstimmung in Moskau.

Die Erregung über die grausame und juristisch kaum begründbare Erschießung von zwanzig politischen Gefangenen in Moskau hat weitgehende Empörung in Europa wachgerufen. Ein Warschauer Blatt fordert, daß sich die zivilisierten Völker mit Abscheu von den blutigen Henkern abwenden und die antibolschewistische Front Europas und der kulturellen Welt stärken sollten. Diejenigen Staaten, die unter der kommunistischen Propaganda zu leiden haben, wüßten jetzt, daß sie sich vor dem Bolschewismus durch Anwendung aller Mittel schützen müssen, wenn sie nicht elend untergehen wollen. Die englische Regierungspresse zieht in ähnlicher Weise gegen die Mordherrschaft in Moskau zu Felde, während auf liberaler Seite angedeutet wird, die britische Regierung habe mit ihrem ungesetzlichen Vorgehen gegen die Arcos den Sowjetkommissaren Gelegenheit gegeben, nun auch ihrerseits sich aller zurückhaltenden Bedenken zu entschlagen.

Keine Auslieferung von Wojkows Mörder.

Nach verschiedenen Meldungen sollte in Moskau die Absicht bestehen, in einer zweiten Note an Polen die Auslieferung des Mörders des russischen Gesandten in Warschau zu verlangen und an die Forderung ein Ultimatum zu knüpfen. Der polnische Minister des Äußern, Zaleski, erklärte dazu, daß der Mörder bestimmt nicht ausgeliefert werde. Die Pariser Sowjetbotschaft versendet ferner eine Note, nach der von einer Mobilisierung der Roten Armee in Rußland nicht die Rede sein könne.

In London streitet man entschieden ab, daß jemals englische amtliche Stellen sich an Spionage und sonstigen Treibereien auf russischem Boden beteiligt hätten. Ferner wird von den britischen Kreisen energisch erklärt, daß bei dem Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetregierung sich die britische Regierung von keinen geheimen Gründen habe leiten lassen, wie es jetzt angedeutet werde. Wie stets gesagt worden sei, habe die britische Regierung nicht die Absicht, den Kriegszustand herbeizuführen.

Verschärfend auf die Lage wirkt die seit der Hinrichtung der 20 Gefangenen in Moskau zum Ausbruch gekommene Gewaltstimmung. Das Blatt „Prawda" fordert Verschärfung des Terrors gegen die bürgerliche Klasse; der alte Geist des Führers der Tscheka, Dsershinski, müsse in Rußland weiter herrschen. Das Blatt fordert die Arbeitermassen in Moskau auf, die englische Gesandtschaft in Moskau zu stürmen, die doch nur „eine Kaschemme für Mörder und Brandstifter" sei. In den letzten Tagen sollen noch weitere 23 Hinrichtungen erfolgt sein.

Beginn der Völkerbundratstagung.

Die Ministerbegegnungen in Genf.

Die 45. Tagung des Völkerbundrates begann in Genf am Montag vormittag mit einer Geheimsitzung, in der die endgültige Tagesordnung der Sitzung sowie gewisse Budget- und Personalfragen erledigt wurden. Dieser Beratung folgt dann eine öffentliche Sitzung, in der vor allem Danziger Fragen (Fliegerei, Schiedsrichterernennung in der Frage des Tabakmonopols, Munitionstransporte) zur Diskussion stehen.

Für Sonntag nachmittag war eine Besprechung zwischen Dr. Stresemann, Chamberlain und Briand vorgesehen. Wie es heißt, sollte bei dieser Ministerbegegnung über die Herabsetzung der Zahl der Rheinlandtruppen gesprochen werden, auf die Deutschland auf Grund der Note der Botschafterkonferenz vom 16. November 1915 vollgültigen Anspruch hat.

Chamberlins Flug nach Wien verschoben.

Nachprüfung der Motoren.

Die Deutsche Lufthansa teilt mit: Zwischen den Ozeanfliegern Chamberlin und Levine und der Deutschen Lufthansa war vereinbart worden, daß die übliche Abbremsung der Motoren nur in Gegenwart von Vertretern Chamberlins stattfinden sollte, um so mehr, als es sich dabei um die Prüfung des neuen Propellers handelt, der nach den Angaben Chamberlins hergestellt worden ist. Diese Prüfung konnte erst am Sonnabend stattfinden. Dabei ergab sich die Notwendigkeit, it

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF